

Molekülwende voranbringen

Molekülwende als zentrales Element der Energie-, Wirtschafts-, und Klimapolitik

Eine bezahlbare und verlässliche Energie- und Rohstoffversorgung ist Grundvoraussetzung für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als starker Wirtschaftsstandort. Sie ist notwendig, um bestehende Wertschöpfungsketten zu sichern und gut bezahlte Arbeitsplätze, gerade in der Industrie, zu erhalten.

Moleküle essenziell für Energiewende und Klimaschutz

Die Mineralölwirtschaft und ihre Transformation sichern wichtige Wirtschaftsstandorte und Wertschöpfungsketten. Nicht nur mit Kraft- und Brennstoffen: auch die stoffliche Nutzung von Molekülen – insbesondere von Kohlenwasserstoffen – ist für die chemische Industrie und weitere Grundstoffindustrien in vielen Fällen unverzichtbar.

Moleküle bieten Versorgungssicherheit und Resilienz im Krisenfall. Dank ihrer hohen Energiedichte sowie bewährten Lager- und Transporteigenschaften haben sie eine zentrale Bedeutung als Energiespeicher, insbesondere für Kritische Infrastrukturen.

Die Molekülwende ist essenziell für das Erreichen der Klimaziele. Sie steht nicht in Konkurrenz zu einer sinnvollen Elektrifizierung, sondern ergänzt sie als Teil einer echten, umfassenden Energiewende.

Moleküle, wo keine Elektrifizierung möglich ist

Aus heutiger Sicht werden mehr als 40 Prozent des gegenwärtigen Absatzes an Raffinerieprodukten auch über das Jahr 2045 hinaus noch benötigt. Hierfür sind erneuerbare Alternativen erforderlich. CO₂-neutrale Moleküle sind überall dort erforderlich, wo eine Elektrifizierung unwirtschaftlich oder technisch nicht mit vertretbarem Aufwand möglich ist, zum Beispiel im Flugverkehr, der Schifffahrt sowie als Grundstoffe für die Industrie und zur Versorgung von Teilen des Fahrzeug- und Gebäudebereichs. Generell müssen sie überall dort eingesetzt werden können und dürfen, wo es Abnehmer gibt.

Handlungsfelder der Politik für notwendige Investitionen

Das aktuell schwierige geopolitische und weltwirtschaftliche Umfeld und dessen negative Auswirkungen speziell für das Industrieland Deutschland stellen auch die heimische Mineralölwirtschaft vor große Herausforderungen. Gleichzeitig stehen diese Unternehmen vor wegweisenden Entscheidungen, mit enormen Investitionen in Modernisierung und Transformation ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Der regulatorische Rahmen für den Anreiz und die Absicherung der anstehenden Investitionen ist derzeit nicht richtig gesetzt. Das bedeutet: Hocheffizient vernetzte, regionale Industriecluster rund um Raffineriestandorte, insbesondere im Verbund mit der Chemie, sind existenziell gefährdet. Deutschland droht der dauerhafte Verlust ganzer Wertschöpfungsketten und hochqualifizierter Arbeitsplätze.

Die neue Bundesregierung muss unverzüglich wichtige Weichenstellungen in der Wirtschafts- Energie- und Klimapolitik vornehmen. Deren Ziel muss sein, das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort im Einklang mit den Klimazielen herzustellen und so gleichermaßen Investitionen in künftige Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Transformation hin zu CO₂-neutralen Energieträgern zu ermöglichen. Projekte müssen „bankfähig“ werden, d. h. Investoren brauchen langfristig verlässliche Planungsperspektiven als Kalkulationsbasis für die Wirtschaftlichkeit neuer Geschäftsideen.

Damit Klimaschutz zu einem nachhaltigen Geschäftsmodell werden kann, ist politische Unterstützung mit konkreten Maßnahmen auf den Handlungsfeldern Regulatorik, Infrastruktur und Finanzierung notwendig mit folgenden Zielstellungen:

- Die Verfügbarkeit und Einsatzmöglichkeiten der notwendigen Rohstoffe durch umfassende gesetzliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Wasserstoff und Kohlenstoffen, die alle Quellen und Herstellungspfade sowie Importe und Infrastruktur praxisnah und verlässlich regeln, sicherstellen;
- Bezahlbarkeit alternativer Treibstoffe und Rohstoffe als Voraussetzung für deren Attraktivität und Akzeptanz durch eine möglichst kostengünstige Produktion ermöglichen und dazu nicht zwingend erforderliche Auflagen vermeiden;
- Eine belastbare Nachfrage nach CO₂-neutralen Energieträgern und Rohstoffen in Märkten mit entsprechender Zahlungsbereitschaft durch den Einsatz regulatorischer und fiskalischer Instrumente schaffen;
- Die Finanzierung innovativer, neuer Technologien mit staatlichen Förder- und De-Risking-Instrumenten flankieren; bei Investitionen in fortschrittliche Produktionsverfahren und Infrastruktur den „First-Mover-Disadvantage“ von technisch-ökonomischen Risiken so abfedern, dass „Financial Investment Decisions“ (FID) für industrielle Projekte möglich sind.

Weitere Details enthält das Ergebnispapier zum „Branchendialog zur Transformation der Mineralölwirtschaft mit regenerativen Kohlenwasserstoffen für Verkehr und Industrie / Molekülwende“ beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aus dem März 2025. [Es ist auf der Website von en2x verfügbar.](#)

Weiterführende Informationen können unseren Positionen [Carbon Management](#), [Aufbau der Wasserstoffwirtschaft](#), [Klimapolitik](#) und [Energiepolitik](#) entnommen werden.

Ansprechpartnerin

Olga Bergmiller

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-267

olga.bergmiller@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.